

**Gespräch  
der Regierungschefin und Regierungschefs der ostdeutschen Länder  
am 18. September 2020**

**zugleich  
Austausch mit Bundesfinanzminister Olaf Scholz**

## **Beschluss**

### **Gemeinsam die Zukunft Ostdeutschlands und Europas stärken**

Die Regierungschefin und Regierungschefs der ostdeutschen Länder fassen folgenden Beschluss:

1. Die Regierungschefin und Regierungschefs der ostdeutschen Länder würdigen den großen ideellen und finanziellen Beitrag, den die Europäische Union in den vergangenen drei Jahrzehnten zum Aufbau Ost geleistet hat. Sie bekräftigen ihrerseits ihren Einsatz für die europäische Demokratie, die gemeinsamen Werte wie insbesondere Schutz der Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Meinungsfreiheit und Minderheitenschutz und die Stärkung des europäischen Zusammenhalts. Durch zahlreiche Kooperationen über die Grenzregionen hinaus tragen die ostdeutschen Länder bewusst und aktiv zum weiteren Zusammenwachsen Europas bei. Die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung der ostdeutschen Länder ist eng verwoben mit der Zukunft Europas als Innovationsstandort und in weiten Teilen besonders geprägt von den wachsenden Verflechtungen der deutsch-polnischen und deutsch-tschechischen Grenzregionen. Diese Verflechtungen und Kooperationen sollen durch eine Verbesserung der Verkehrsverbindungen nach Osteuropa und durch eine Förderung des Spracherwerbs weiter vorangebracht und intensiviert werden.
2. Die EU steht derzeit vor großen Herausforderungen. Die aus der Corona-Pandemie resultierende Wirtschaftskrise gilt als die größte seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges, mit noch nicht abzusehenden sozialen, finanziellen und wirtschaftlichen Folgen. Dies bestimmt nun nicht nur das Handlungsprogramm der europäischen Institutionen, sondern auch die Arbeitsweise und die Inhalte der deutschen EU-Ratspräsidentschaft entscheidend.

**Gespräch  
der Regierungschefin und Regierungschefs der ostdeutschen Länder  
am 18. September 2020**

**zugleich  
Austausch mit Bundesfinanzminister Olaf Scholz**

3. Die Regierungschefin und Regierungschefs der ostdeutschen Länder fordern die Bundesregierung auf, sich auch im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft für eine wirksame Koordinierung von Maßnahmen zur Eindämmung sowie Abfederung der Folgen der Corona-Pandemie einzusetzen. Ergänzend zu den notwendigen nationalen Anstrengungen ist ein europäisches Vorgehen dringend erforderlich, um gemeinsam die Krise zu bewältigen und gestärkt aus ihr hervorzugehen. In diesem Kontext gilt es auch, die am schwersten betroffenen Mitgliedstaaten zu unterstützen. Grenzüberschreitende Pandemiepläne können ein wirksames Instrument zur Eindämmung in Grenzregionen sein.
4. Die Regierungschefin und die Regierungschefs der ostdeutschen Länder begrüßen grundsätzlich die Einigung des Europäischen Rates am 21. Juli 2020 auf den Mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027 und auf ein Aufbauprogramm Next Generation EU. Die ostdeutschen Länder danken der Bundesregierung ausdrücklich für ihren Einsatz zugunsten einer angemessenen finanziellen Ausstattung der Kohäsionsmittel für die ostdeutschen Übergangsregionen.
5. Die geplante Absenkung der EU-Kofinanzierungssätze auf 60% für Übergangsregionen und 40% für stärker entwickelte Regionen führt jedoch zu einer erheblichen Mehrbelastung für die ostdeutschen Länderhaushalte, die auch mit Blick auf die Corona-Pandemie vor außergewöhnlichen Herausforderungen stehen. Die ostdeutschen Länder bitten daher die Bundesregierung, sich in den weiteren Verhandlungen auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass der Rückgang der EU-Kofinanzierung gegenüber der laufenden Förderperiode auf maximal 10 Prozentpunkte begrenzt wird und für stärker entwickelte Regionen, in denen aktuell keine Sonderregelung gilt, ein EU-Kofinanzierungssatz von mindestens 50% gewährleistet bleibt.
6. Die Regierungschefin und Regierungschefs der ostdeutschen Länder unterstützen die Absicht der Bundesregierung, dass Deutschland für das Aufbauprogramm

**Gespräch  
der Regierungschefin und Regierungschefs der ostdeutschen Länder  
am 18. September 2020**

**zugleich  
Austausch mit Bundesfinanzminister Olaf Scholz**

Next Generation EU und den kommenden Mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027 einen höheren finanziellen Beitrag an das EU-Budget zahlt als bisher. Sie erwarten jedoch, dass diese höheren Beiträge nicht zu Lasten von Bundesprogrammen zu Gunsten der Länder, insbesondere bei der Regionalförderung, gehen.

7. Die Regierungschefin und Regierungschefs der ostdeutschen Länder setzen sich insbesondere für ein schnelles und transparentes System der Mittelvergabe im Rahmen des Aufbauprogramms Next Generation EU ein. Sie fordern die Bundesregierung auf, bei der Verwendung der Mittel der Aufbau- und Resilienzfazilität die Interessen der Länder zu berücksichtigen und dies durch ein angemessenes Beteiligungsverfahren sicherzustellen. Ein Teil der Mittel der Aufbau- und Resilienzfazilität sollte die öffentlichen Investitionen der Länder unterstützen. Außerdem sollten bei der Entscheidung über die innerdeutsche Verteilung von Mitteln aus REACT-EU die Interessen der ostdeutschen Länder angemessen berücksichtigt werden. Es besteht die Gefahr, dass die Corona-Pandemie die bestehenden innerdeutschen strukturellen Ungleichheiten zu Lasten der ostdeutschen Länder verstärken könnte. Die ostdeutschen Länder weisen darauf hin, dass die vorgesehenen Mittel aus dem Just Transition Fonds eine wichtige Rolle dabei spielen, den Transformationsprozess in den ostdeutschen Kohleregionen und darüber hinaus zu unterstützen. Die EU-Mittel aus der Aufbau- und Resilienzfazilität sowie aus dem Just-Transition Fonds sind additiv einzusetzen. Sie dürfen den Ländern nicht vorenthalten werden und insbesondere nicht mit Bundesmitteln im Rahmen des Strukturstärkungsgesetzes Kohleregionen oder zur Abfederung der ökonomischen Folgen der Corona-Pandemie verrechnet werden.
8. Eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung, Wiederbelebung und Krisenfestigkeit in den ostdeutschen Ländern wird nur dann gelingen, wenn die Zielgenauigkeit und Zukunftsorientierung des Mitteleinsatzes unter Berücksichtigung der besonderen Wirtschaftsstruktur Ostdeutschlands gewährleistet wird. Daher muss die

**Gespräch  
der Regierungschefin und Regierungschefs der ostdeutschen Länder  
am 18. September 2020**

**zugleich  
Austausch mit Bundesfinanzminister Olaf Scholz**

Transformation der ostdeutschen Wirtschaft im Besonderen und der europäischen Wirtschaft insgesamt durch die Förderung von Innovationen und Schlüsseltechnologien vorangetrieben werden.

9. Die Regierungschefin und Regierungschefs der ostdeutschen Länder bedauern, dass im Zeitraum 2021-2027 für innovative Programme, wie zum Beispiel Horizont Europa, weiterhin nicht angemessene Mittel zur Verfügung stehen werden. Europa muss gerade bei bahnbrechenden disruptiven Entwicklungen eine Führungsrolle beanspruchen. Hier setzen diese Programme wichtige Impulse für die Entwicklung einer europäischen Wissenschafts- und Forschungslandschaft mit internationalem Gewicht. Sie spielen somit für die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit sowie die Beschäftigung in der EU eine entscheidende Rolle. Die Stärkung von Wissenschaft und Forschung ist ein Schlüsselfaktor für die Gründung innovativer, unternehmerischer Initiativen und die Umsetzung von Forschungsergebnissen in die Praxis, den Aufbau zukunftsfähiger Industrien und die Schaffung neuer Beschäftigungsfelder.
10. Die Regierungschefin und Regierungschefs der ostdeutschen Länder haben in ihrem Beschluss vom 27. Mai 2020 auf die besondere Bedeutung der Wissenschafts- und Forschungslandschaft in den ostdeutschen Ländern hingewiesen. Sie fordern die Bundesregierung deshalb auf, sich auch weiterhin für eine substanzielle Unterstützung durch die EU einzusetzen, um europäische Initiativen auszubauen und besser miteinander zu vernetzen, um insbesondere auch gemeinsame Wissenschaftsprojekte mit Mittel- und Osteuropa sowie dem Ostseeraum zu stärken. Soweit Lücken für Institutionen und Projekte in den ostdeutschen Ländern durch die geringeren EU-Mittel entstehen, wird die Bundesregierung gebeten, diese durch eigene Programme zu kompensieren. Es muss in jedem Fall verhindert werden, dass die in den ostdeutschen Ländern erreichten Erfolge wieder in Frage gestellt werden.